



Rüsselsheim, den 22.11.2017

## NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 14.11.2017 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

In die Anwesenheitsliste zur 14. Sitzung am 04.10.2017 wird noch der Stadtv. Sert aufgenommen.

Die Stadtverordneten Krug und Höfeld verweisen auf die noch offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

Im Übrigen wird die Niederschrift über die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.10.2017 genehmigt.

**TOP 2 Errichtung einer neuen Kooperativen Gesamtschule – Sophie-Opel-Schule Rüsselsheim - hier: Aktueller Sachstand und Abschluss der Vorentwurfsplanung**  
**Bezug: DS-Nr. 115/16-21 (Grundsatzentscheidungen zum weiteren Vorgehen) und die Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.09.2016 zum aktuellen Sachstand des Neubaus Kooperative Gesamtschule, Arbeitstitel Sophie-Opel-Schule sowie DS-Nr. 195/16-21 (Bericht über die Reduzierung der Flächen gemäß Antrag der Fraktionen)**  
**DS-Nr. 234/16-21**

Die Vorlage wird beraten.

Der Stadtv. Walzuch begründet den vorliegenden Änderungsantrag der WsR-Fraktion vom 09.11.2017. Der Stadtv. Weber erklärt für die CDU-Fraktion, diesen Antrag unterstützen zu wollen.

Der Stadtv. Tollkühn meldet für die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf an. Dementsprechend wird die Abstimmung der Drucksache in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

- TOP 3 Alexander von Humboldt Schule,  
Ergänzungsneubau und Sanierung  
hier: Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen nach Abschluss der  
Entwurfsplanung  
Bezug: DS 136/16-21 Alexander von Humboldt Schule;  
Ergänzungsneubau und Sanierung, hier: Grundsatzentscheidung zum  
weiteren Vorgehen  
DS-Nr. 235/16-21**

Die Vorlage wird beraten.

Der Stadtv. Walczuch begründet den vorliegenden Änderungsantrag der WsR-Fraktion vom 09.11.2017. Der Stadtv. Weber erklärt für die CDU-Fraktion diesen Antrag unterstützen zu wollen.

Da noch Beratungsbedarf besteht, wird die Abstimmung über die Drucksache in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

- TOP 4 Finanzen AöR Städteservice Raunheim/Rüsselsheim  
- Wirtschaftsplan 2018 der AöR Städteservice Raunheim/Rüsselsheim  
- Bericht gemäß Beschluss der StVV vom 9. März 2017 zum  
Konsolidierungsbeitrag der AöR 2016 und 2017  
- Beantwortung der Anfrage "Mittelabfluss städtischer Haushalt an  
AöR 2016 vom 1.9.2017**

TOP 4 wird im Rahmen der Behandlung der DS-Nr. 255/16-21 beraten.

- TOP 5 Konsolidierungsbeitrag der AöR zum Haushalt 2016 und Mittelabfluss  
städtischer Haushalt an AöR 2016  
Bezug:  
1. Anfrage Nr. 28 der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen  
und Die Linke/Liste Solidarität vom 01.09.2017  
2. Beschluss der StV zum Antrag der Fraktionen SPD, WSR, Bündnis  
90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 09.03.2017  
DS-Nr. 255/16-21**

Die Drucksache wird kontrovers diskutiert. Den Diskussionsverlauf zusammenfassend schlägt der Vorsitzende vor, dass eine Delegation des Haupt- und Finanzausschusses, bestehend aus je einem Vertreter der Fraktionen, dem Leiter des Fachbereichs Finanzen sowie dem Oberbürgermeister als Stadtkämmerer im Rahmen eines noch zu terminierenden Gesprächs mit dem Vorstand der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR offene Detailfragen klären soll.

Der Bericht A zur Beantwortung der Anfrage Nr. 28 der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 01.09.2017 und der Bericht B zum Beschluss der StV vom 09.03.2017 „Konsolidierungsbeitrag der AöR zum Haushalt 2016“ werden im Übrigen zur Kenntnis genommen.

**TOP 6      Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim - Jahresabschluss 2016  
DS-Nr. 232/16-21**

Die Vorlage wird beraten.

Der Stadtv. Krug bittet um Erläuterungen zur Position Verbindlichkeiten gegenüber AöR Raunheim/Rüsselsheim i.H.v. 3.610,5 TEUR (S. 16, Pkt. C.3, Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016). Herr Will, Vorstand der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR , sagt zu, einen entsprechenden Vermerk zu Protokoll geben zu wollen (siehe Anlage zur Niederschrift).

Herr Krug stellt des Weiteren den Änderungsantrag, den Gewinn nicht der Rücklage zuzuführen, sondern an den Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main abzuführen. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrags wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Der Jahresabschluss der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2016 wird festgestellt.

Das Unternehmensergebnis schließt mit einem Jahresgewinn von 254.095,94 EUR ab.

Der Gewinn wird an den Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main abgeführt.

**TOP 7      Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe  
Rüsselsheim  
DS-Nr. 233/16-21**

Der Stadtv. Weber begründet den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2017. Der Inhalt des Antrags wird beraten und Konsens darüber erzielt, dass der Antrag ergebnisoffen im Sinne einer Variantenprüfung zu verstehen sei. Daraufhin wird dem Vorschlag des Vorsitzenden, den Antrag zur Verweisung zu stellen, entsprochen.

Da der Stadtv. Krug für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität noch Beratungsbedarf anmeldet und einen Änderungsantrag bzgl. der Gewinnverwendung ankündigt, wird die Drucksache zur Abstimmung in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 8      Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 31.8.2017  
DS-Nr. 241/16-21**

Der Bericht gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 31.08.2017 wird beraten und zur Kenntnis genommen.

**TOP 9      Klarstellung zur Übertragung der aufgabengebundenen Mittel  
DS-Nr. 231/16-21**

Der Stadtv. Tollkühn begründet den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 08.11.2017.

Der Stadtv. Krug vertritt die Auffassung, dass die Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 2.039.642,88 EUR und die Gewinnvorträge der Betriebe gewerblicher Art in Höhe von 718.984,88 EUR nicht in voller Höhe tatsächlich erwirtschaftet wurden, sondern anteilig auch Versicherungsleistungen und Rückstellungsaufösungen beinhalten. Er bittet vor diesem Hintergrund um rechtliche Prüfung bis zur Stadtverordnetenversammlung, in welchem Umfang im Hinblick auf die Berechnungsgrundlagen eine Übertragung an die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR möglich ist. Der Oberbürgermeister sagt diesbezüglich eine entsprechende Prüfung zu.

Der Stadtv. Krug meldet für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität noch Beratungsbedarf an. Dementsprechend wird die Abstimmung über die Drucksache in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 10 Wahl eines stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers für das  
Ortsgericht Rüsselsheim-Bauschheim  
DS-Nr. 242/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, für das Ortsgericht Rüsselsheim-Bauschheim

**Herrn Gerhard Bergemann, wh Böhmerwaldstr. 5,  
65428 Rüsselsheim am Main,  
zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher**

zu wählen.

**TOP 11 Personalgewinnung in Verbindung mit Praxisstellen für Erzieherinnen  
und Erzieher in der Ausbildung  
DS-Nr. 248/16-21**

Der Stadtv. Krug verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 07.11.2017.

Der Stadtv. Weber begründet den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.11.2017. Der Antrag wird diskutiert.

Herr Bürgermeister Grieser schlägt vor, einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Diesem Vorschlag wird entsprochen und die Vorlage damit zur Abstimmung in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

**TOP 12 Sozialpädagogische Betreuung von Geflüchteten im AsylbLG sowie  
anerkannter Geflüchteten im SGB II, Anpassung der  
Personalressource  
DS-Nr. 243/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

#### A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. in Folge der Novellierung der kleinen Pauschale des Landes Hessen ab 01. Januar 2017 anerkannte Geflüchtete nach Rechtskreiswechsel in das SGB II für zwei Jahre statt, wie bislang, drei Monate mit dem Land abrechenbar sind.
2. in der Folge die Anzahl der durch die Sozialarbeiter/-innen der Stabsstelle Asyl zu betreuenden Personen auf rund 1100 Personen steigt.
3. mit Stand der Vorlage 8,5 Stellen für die Sozialarbeit bei der Stabsstelle Asyl im Stellenplan 2017 vorgesehen sind. Dies entspricht bei einem Betreuungsschlüssel von 1:100 einer Betreuungskapazität von 850 Personen.
4. sechs mit Sperrvermerk versehene Stellen für die Sozialarbeit in der Flüchtlingsbetreuung bis Genehmigung des Stellenplans 2018 dem Fachbereich Bildung und Betreuung zugewiesen sind, eine weitere dem Fachbereich Jugend und Soziales.
5. genannte Stellen mit Sperrvermerk mit der Genehmigung des Stellenplans 2018 der Stabsstelle Asyl wieder zur Verfügung stehen.

#### B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Finanzierung von zwei Sozialarbeiterstellen über Beschäftigungsentgelte zur Sicherung der sozialpädagogischen Betreuung abrechenbarer Geflüchteter in Rüsselsheim a. M. für die Übergangszeit bis zur Genehmigung des Stellenplans 2018. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2018 angemeldet und werden über den Kreis Groß-Gerau refinanziert.

#### **TOP 13 Sachstand Finanzplan Hessentag**

Der Oberbürgermeister gibt einen Sachstandsbericht über den Verkauf der Hessentagsbecher. Er teilt insbesondere mit, dass neben positiven nicht monetären Effekten entgegen der ursprünglichen Planungen lediglich ein Gewinn in Höhe von rd. 88 TEUR erzielt werden konnte.

Auf die Anfrage des Stadtv. Höfeld, wer die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR mit der Abwicklung der Hessentagsbecher beauftragt hat, sagt der Oberbürgermeister eine Beantwortung bis zur Stadtverordnetenversammlung zu.

#### **TOP 14 Anfragen und Mitteilungen**

Die Anfrage des Stadtv. Schneckenberger zum Planungsstand der Baumaßnahmen Gerhard-Hauptmann-Schule, Grundschule Königstädten und Turnhalle Königstädten wird von Herrn Stadtrat Kraft beantwortet.